

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1874

4.2.1874 (No. 29)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 4. Februar.

No. 29.

Vorauszahlung: vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingeschlossen, 2 fl. 7 kr.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, wofür auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einkaufsgebühr: die gespaltene Pettzeile oder deren Raum 6 kr. Briefe und Gelder frei.

1874.

Telegramme.

† Berlin, 2. Febr. Die „Post“ veröffentlicht eine Zuschrift des Grafen Roon aus Palermo vom 25. Januar, worin sich derselbe gegen die Bemerkungen der „Germania“ zu seinem Brief aus Sorrent vom 9. Jan., betreffs des von dem Reichskanzler bei seinem Dienstauftritt an ihn gerichteten Privatbriefes wendet. Graf Roon erklärt, die Existenz eines derartigen Schreibens hätte von Jedermann, auch von der „Germania“ als höchst wahrscheinlich vorausgesetzt werden können. Die Existenz jedoch eines Briefes von solchem Inhalt, wie die „Germania“ angibt, müsse auf's allerzweifelhaftigste in Abrede gestellt werden. Ein derartiger Brief sei nie von ihm empfangen und deshalb auch nie von ihm oder einer ihm nachfolgenden Person gelesen worden. Trotz seines durch Alter und Siechthum hervorgerufenen Missevermögens könne er seinen wohlwährenden Ruf, ein treuer Freund seiner treuen Freunde zu sein, nicht antasten lassen.

† Haag, 2. Febr. Nach offiziellen Meldungen aus Penang von gestern rechneten die Holländer auf ein Ende des Krieges mit Atchin, sobald gegen die Atchinesen ein entscheidender Sieg im Felde errungen sei. Der Sultan und Panglinapoliun beabsichtigten zwar dem Ansehen nach, den Kampf noch weiter fortzusetzen; es fehlte ihnen aber an weiteren Allirten, und die aufs neue ausgebrochene Cholera richtete große Verheerungen an. Gerüchweise verlautete, der Sultan sei an der Cholera gestorben, Panglinapoliun gleichfalls von derselben ergriffen, in drei Tagen sollen 83 andere Eingeborne derselben zum Opfer gefallen sein.

Deutschland.

† Straßburg, 1. Febr. So eben wird das Wahlergebnis hier bekannt. Wie mit Recht befürchtet wurde, hat die Stimme politischer Unvernunft den Sieg davon getragen. Der normale Bürgermeister Ernst Lauth wurde bei 9027 Wählern mit 5906 Stimmen zum Reichstags-Abgeordneten gewählt. Der Kandidat der gemäßigten, d. h. der elässischen Partei, Hr. Advokat-Anwalt Schneegans, erhielt nur 2926 Stimmen; Bebel auf Hubertusburg, 168. Die übrigen wenigen Stimmen zerplitterten sich. Die Wahlbeteiligung war eine äußerst rege; von etwa 12000 wahlfähigen Männern erschienen über 9000 an der Wahlurne oder 75 Proz. Relativ schwach scheinen die zugewanderten Deutschen sich beteiligt zu haben, denn von den 3000 Wählern dieser Kategorie haben, wenn man voraussetzt, daß sie für den elässischen Kandidaten ihre Stimme abgegeben, kaum mehr als die Hälfte gewählt, denn die Differenz zwischen dieser Zahl und jener der für Schneegans abgegebenen Stimmen muß auf eingeborne Straßburger zum mindesten gerechnet werden. Hätten nicht die Ultramontanen, die Bauth's lauwarme Abwehr nicht abzuschrecken vermochte, für diesen Kandidaten gestimmt, so wäre seine Wahl mehr als zweifelhaft geworden. In der That ist das Wahlergebnis besser ausgefallen, als man hoffen konnte. Sicher sind die 25 Proz. Nichtwähler theils indifferenten, theils der Frage der Nationalität überhaupt Nebensache ist, oder solchen, welche die vollendete Thatsache zwar anerkennen, aber aus äußeren Gründen, die ja auch bei einer geheimen Wahl immer noch ihre Rolle spielen, es vorzogen, überhaupt nicht an der Wahlurne zu erscheinen. Wir selbst kennen eine gute Zahl solcher, meist dem mittleren Bürgerstand angehöriger Leute, welche aus Rücksichten für Rumpfschaften oder des lieben häuslichen Friedens eine passive Rolle für angemessener hielten. Weitere und eingehendere Reflexionen müssen wir uns für den Zeitpunkt vorbehalten, wo das Wahlergebnis nach jeder Richtung hin freier zu überschauen ist.

† Straßburg, 2. Febr. Dem gestern flüchtig gegebenen Umriss über den Verlauf der hiesigen Reichstags-Wahl können wir heute einige nähere Einzelheiten folgen lassen. Nicht ohne Interesse für uns ist die nähere Betrachtung der Wahlergebnisse in den 29 hiesigen Wahlkreisen, doch möchte dieses Detail für auswärtige Leser zu weitläufig sein. Bemerkenswert sei deshalb hier nur, daß in dem extra muros gelegenen stark bevölkerten Vororte Kupprechtsau das Stimmverhältnis beider Kandidaten die größte Annäherung zeigte: Lauth 203, Schneegans 200 Stimmen. Das ärgste Mißverhältnis dagegen stellt sich in drei anderen, südlich der Stadt gelegenen Vororten: Neuhof, Neudorf, Ruhau heraus, wo Lauth 248, 335 und 186, Schneegans dagegen nur 23, 87 und 30 Stimmen erhielt. Die inneren städtischen Bezirke schwanken überwiegend nach Maßgabe des Gesamtergebnisses mit der Hälfte bis zu einem Dritteltheile der Stimmen für Schneegans gegenüber den Bauth'schen Mehrheiten. Doch wurden z. B. auf dem Stadthaus 171 Stimmen für Lauth, 121 für Schneegans, in den Quartieren der Steinstraße 221 für Lauth, 205 für Schneegans abgegeben. — Die Wahlergebnisse aus den übrigen Kreisen werden erst sehr allmählich hier eintreffen, so selbst aus dem hiesigen Landkreis, wo es sich um die Zusammenstellung von 102 Gemeinden handelt, die wohl

erst morgen beendet sein wird. Nach aller Muthmaßung wird es hier zur Stichwahl zwischen dem Elässiker (Klein) und dem ultramontanen Kandidaten (Schauenburg) kommen. Da die amtliche Feststellung auch des hiesigen Wahlergebnisses erst kommenden Donnerstag 10 Uhr stattfinden wird, sind die bisher bekannt gewordenen Ziffern nicht als ganz definitive zu betrachten, wiewohl es sich bei etwaiger Differenz nur höchstens um einige Stimmen handeln kann. Bemerkenswert zu werden verdient auch noch, daß sich bei 9027 abgegebenen Stimmen nur 27 zerplitterten, was für die Bestimmtheit der eingenommenen Positionen der Wählergruppen spricht.

Um im Gedränge der Tagesvorkommnisse eine wichtige Einzelheit nicht zu verpassen, muß nachgeholt werden, daß ein großer, vielleicht der größte Aufstoß der Kandidatur Schneegans in allen Schichten der angehenden Bevölkerung von A bis Z der war, daß Hr. Advokat Schneegans die Erinnerung an sein politisches Verhalten beim Plebiszit 1870 nicht zu verweisen vermochte. Mit allen liberalen Straßburgern stand Lauth damals auf Seite der entschiedenen Plebiszit-Begner, — Schneegans dagegen war der lebhafteste Parteigänger der napoleonischen Regierung, an der er — wenn das „El. Volksblatt“ Recht hat — nur eines auszuweisen wußte, daß sie für einen Augenblick Miene gemacht hätte, sich zum Liberalismus zu bekennen. — Dies ist der einfache Schlüssel zu dem anscheinenden Scheitern, weshalb Hr. Schneegans zahlreiche Stimmen abfiel, die sich sonst wohl zu dessen jetzigem Programm verstanden hätten. Wäre die „elässische Partei“ vermögend gewesen, einen Kandidaten aufzustellen oder aufrecht zu erhalten, dessen politische Vergangenheit nicht in empfindlicher Weise mit der früheren reaktionären Lebensgeschichte der Stadt in Verbindung war, das Zahlenverhältnis der Minorität wäre bestimmt ein weit besseres geworden. Die bürgerliche Apathie des unterlegenen Kandidaten wird damit nicht im mindesten berührt, die politische Fähigkeit des dem Kampf anfänglich ausgewichenen Hrn. Vergmann und seiner vielen Gesinnungsgenossen tritt dabei aber eben so wenig in ein günstigeres Licht.

† Straßburg, 2. Febr. Den bis zuletzt gläubig gebliebenen Optimisten in Bezug auf unsere Reichstags-Wahlen wird es stündlich schwerer, das Terrain zu halten. Auf den Landkreis Straßburg konnte man mit Fug und Recht einige Hoffnung für Durchbringung des gemäßigten elässischen Kandidaten setzen. Aus den der Stadt zunächst liegenden Gemeinden liefen auch heute Vormittag, wie wir hörten, überwiegend günstige Berichte ein. Wie so eben bekannt wird, haben aber auch hier wieder einige größere kirchlich bearbeitete Dorfgemeinden den gegenseitigen Ausschlag gegeben, so daß sich in 100 Gemeinden des Kreises (zwei kleine Gemeinden waren noch ausständig und geben keine Differenz mehr) folgendes Gesamtergebnis herausstellte: Abgegebene Stimmen 24,518; davon erhielten: Elässiker Kandidat Apotheker Klein von hier 6112, kirchlicher Kandidat Baron Schauenburg 7709, der antikirchliche Protestkandidat Grouvel 642 Stimmen. So nach ist auch in unserem Landkreis der ultramontane Kandidat als gewählt zu betrachten, wie noch zweifellos im Kreis Rappoltsweiler, wo von 10,094 abgegebenen Stimmen der Abbe Simonis 7662 erhielt und auf den, übrigens noch in letzter Stunde von der Wahl zurückgetretenen Ortsbesitzer Ostermann (El. Partei) 2255 Stimmen fielen. Die Bebel'sche Richtung brachte es dort auf 157 Stimmen.

† Straßburg, 2. Febr. (El. J.) Im Wahlkreis Schlettstadt ist Bischof Käb als gewählt zu betrachten, wenn auch die Resultate aus 15 Gemeinden noch ausstehen. Bisher bekannt ist, daß 10,297 Stimmen abgegeben wurden, davon fielen auf Bischof Käb 9056, auf Pfarrer Neßler 500, auf Bürgermeister Helbig (der sich übrigens gar nicht als Kandidat hat vorschlagen lassen) 331 Stimmen.

† Mülhausen, 2. Febr. Großer Sieg des Protestkandidaten. In der Stadt erhielt Häffely 4117, Grunelius 515 und Liebhardt 148 Stimmen. Das Resultat in den Landgemeinden ist noch nicht bekannt, wird aber dem hiesigen entsprechend sein.

† Aus Lothringen, 31. Jan. (A. J.) Der Bezirksrat hat seine Sitzungen am Samstag beendet. Die Versammlung erhob sich zu guterletzt noch zu politischen Wünschen, und die vereinigten Kommissionen hatten diesen in folgendem Antrag Ausdruck gegeben:

Ohne sich auf das Gebiet der Politik zu begeben und bloß vom Standpunkte der moralischen und materiellen Interessen des Landes spricht sie, auf Grund des Artikels 7 des Gesetzes vom 10. Mai 1833, einstimmig folgende Wünsche aus: 1) Es soll so bald als möglich den elässischen Land-Lothringern eine autonome konstitutionelle Organisation, eine Provinzialversammlung gegeben werden, welche die Kontrolle über die Einnahmen und Ausgaben und gesetzgebende Gewalt über Alles hat, was nicht den Interessen des Kaiserreichs widerpricht; diese Versammlung dürfte zusammenzusetzen sein entweder aus den Generalräthen der drei Departements von Elsaß-Lothringen als einzige

Versammlung, oder besser aus Deputierten, die aus dem Schoße der drei Versammlungen gewählt sind, oder noch besser aus Mitgliedern, die nach dem allgemeinen Stimmrecht gewählt werden; 2) das Finanzgesetz für 1875 soll dieser Versammlung der Generalräthe in der Session vom 1874 unterbreitet werden.

Als der Bezirkspräsident diese Kundgebung als eine politische erklärte und daher ablehnte, stellte der Vertreter Jullier, trotz der vorhergegangenen Einmüthigkeit, den Antrag: obgleich der Vorschlag wirklich in das Gebiet der Politik übergehe, habe er doch eine wichtige finanzielle Bedeutung, und diese sei zu berücksichtigen. Wegen seiner mehr politischen Fassung möge man aber nicht darüber diskutieren, sondern die Sache bloß als Wunsch der Einwohner von Lothringen ansehen und hier darüber zur Tagesordnung übergehen, was denn auch geschah.

† Metz, 2. Febr. Gestern in Stadt und Land große Wahlbewegung. Gewählt: Bischof Dupont des Loges. Deutscherseits wird beabsichtigt, die Wahl anzufechten, da eine große Anzahl der für den genannten Herrn abgegebenen Stimmzettel in geschwinder Form abgefaßt ist. Außer dem Namen des Bischofs befindet sich nämlich darauf der des betreffenden Druckerbesizers, während das Gesetz ausdrücklich verlangt, daß nur ein Name sich auf dem Wahlzettel befinde.

† Kassel, 2. Febr. (Fr. J.) Ein Erlass des Kultusministers bestimmt, daß bei der Neuweisung erledigter Pfarrstellen in Niederhessen die Wünsche der betreffenden Kirchspiele thunlichst zu berücksichtigen sind.

† Hannover, 30. Jan. Vom König ist nunmehr entschieden, daß das Welfenschloß für das hannoversche Polytechnikum eingerichtet werden soll. Die letzte Entscheidung der Frage liegt dann in den Händen des preussischen Landtags, welcher die nöthigen Gelder zum Umbau — 300,000 Thaler — zu bewilligen hat.

† Goslar, 30. Jan. Nach der „G. Kr. Ztg.“ ist zwischen den an dem Kommunikation-Gebiete beteiligten Staatsregierungen Preussens und Braunschweigs der Vertrag über dessen Aufhebung gegenwärtig bis auf die Ratifikation abgeschlossen. Es würden demnach alle Kommunikation- und herzoglich braunschweigischen Enklaven in und vor der Stadt der Krone Preussens abgetreten und dem Staatsgebiet angeschlossen werden.

† Erfurt, 1. Febr. Am 16. Jan. hat dahier die Entfestigung durch Herabschleifung der Erde von den Bastionen des Hornwerks in die Gräben behufs deren Ausfüllung begonnen. Insaesamt sind auf diesem Werke und der Cyrtur-Burg 160,000 Kubikmeter Erde und etwa 15,000 Kubikmeter Mauerwerk zu entfernen, wofür die Behörde etwas über 50,000 Thaler Arbeitslohn zahlt. Bis zum 15. April muß die Arbeit vollendet sein.

† Berlin, 2. Febr. (Kön. J.) Nachrichten aus Rom zufolge wird in italienischen Kreisen die Ansicht der bekannten Wulle aufrecht erhalten. Die Befriedigung andererseits, mit welcher das italienische Rundschreiben wegen der Garantien für das Konklave von den Kabinetten angenommen wurde, erachten als eine vollkommen ausreichende Antwort; Unterrichts hatten eine andere Erwiderung nicht erwartet. — Das spanische Rundschreiben vom 25. Jan. in der offiziellen „Madr. Ztg.“ vom 28. Jan. veröffentlicht, ist, wie versichert wird, dem hiesigen Vertreter Spaniens noch nicht zugegangen. Die spanische Regierung hat zu erkennen gegeben, daß sie die Gegenwart bevollmächtigter Minister an mehreren größeren Häfen, namentlich in Berlin und Wien, vorläufig nicht für notwendig erachte. Man schließt daraus, daß die Abberufung des Hrn. Escosura aus Berlin bevorsteht und dieser nach einiger Zeit einen Nachfolger erhalten soll.

† Berlin, 2. Febr. Jethümlich melbet eine hier erscheinende lithographische Korrespondenz, es sei die Aussicht dazu vorhanden, daß der Kaiser in Person die bevorstehende Sitzungsperiode des Deutschen Reichstages eröffnen werde. Von solchem Vorhaben ist in Anbetracht des noch immer etwas leidenden Gesundheitszustandes Sr. Maj. und der damit gebotenen Schonungsrücksichten an maßgebender Stelle gar keine Rede gewesen. Die Eröffnung des Reichstages findet am Donnerstag, 5. d. M., Nachmittags um 1 Uhr, im Weißen Saale des Königl. Schlosses statt. Sie wird im Namen und Auftrag des Kaisers durch den Reichskanzler Fürsten v. Bismarck vollzogen.

Unter dem Vorsitz des Staatsministers Delbrück trat heute Vormittag der Bundesrath wieder zu einer Plenarsitzung zusammen. In derselben kamen mehrere für den Reichstag bestimmte Vorlagen zur Berathung. — Auf Grund eines vom Bundesrath gefaßten Beschlusses hat der Finanzminister die Königl. Kassen seines Ressorts anweisen lassen, sorgfältig darauf zu achten, daß niederländische Halb-Gulden-Stücke, sowie österreichische und ungarische Viertel-Gulden-Stücke fortan bei ihnen nicht mehr zur Annahme gelangen. Seit einigen Tagen wird hier im öffentlichen Verkehr die vollgiltige Annahme der österreichischen und ungarischen Viertel-Gulden-

Stücke allgemein verweigert. Durch die plötzliche Werthherabdrückung dieser sonst als fünf Sgr.-Stücke sehr gangbaren Münzsorte entstehen namentlich für den Kleinverkehr nicht geringe Verlegenheiten.

Gestern Mittag war das Staatsministerium unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten, Finanzministers Camphausen, zu einer Berathung vereinigt. Fürst Bismarck nahm an dieser Sitzung nicht Theil. Als einer der Gegenstände, welche in derselben zur Verhandlung gekommen sind, bezeichnet man die Differenzen über den Universitätsetat, die sich neulich im Abgeordnetenhaus zwischen dem Finanzminister und mehreren Parteiführern entspannen.

Wosen, 31. Jan. (Allg. Ztg.) Der diesjährige, so eben dem größern Publikum zugänglich gemachte, Fasten-Hirtenbrief des Erzbischofs Grafen Ledochowski — welcher übrigens in zwei Theile zerfällt, von denen der zweite kein allgemeines Interesse beansprucht — ist wiederum ein Zeichen, wie sich die ultramontane Hierarchie überhebt und sich kaum mehr als Sendlinge Christi betrachtet, sondern mit ihm identifiziert. Der hiesige Oberhirt schildert in Kürze die Leiden der Kirche, d. i. der Klerisei, und sagt in der Erstafe: daß zwar Gott immer die Menschen prüfe, aber nicht immer in gleichem Maße. Heute, meint der Prälat, sucht uns Gott wahrlich sehr schwer heim. „Ein Blitz nach dem andern schlägt ein, ein Verlust jagt den andern, die Verwüstung breitet sich immer weiter aus und wird immer fürchterlicher. Selbst hier in unserer Erzbischöflichkeit, welche die Feiern der Heiligen verkörpert, und die Festlichkeiten an den Feiertagen zwingen uns zu Thränen, denn diejenigen fehlen, welche einst zu ihrer Verherrlichung beigetragen haben. Trauer ist in das Herz des gläubigen Volkes eingezogen, denn es gibt schon keinen Gläubigen mehr, der nicht sehen und begreifen möchte, was bis jetzt schon die Gottlosigkeit, die Glaubenslosigkeit und die Verleugung, welche man kann sagen, die ganze Welt ergriffen, gethan haben, und was sie noch zu thun beabsichtigen. — Und wie viel,“ sagt der Erzbischof weiter, „muß zu diesen allen Kindern der Kirche gemeinsamen Schmerzen, Verlusten und Leiden noch hinzugefügt werden, welche einzelne Völker, Familien und Personen treffen!“ — Und nun, nachdem der Erzbischof so seine Leiden geschildert hat, kommt er doch wieder auf den „Erbsitz“, der auch gelitten, aber seine Leiden in Geduld und, sagen wir, ohne zu murren ertragen hat. — Was aus dem Hirtenbriefe klar hervorgeht, das ist die Illusion, der sich der Erzbischof hingibt: „daß dieses Kreuz, wie schwer es auch sei, nicht lange dauern kann.“ — „daß der Herr es vielleicht um so schneller von uns abwenden wird, je mehr Ergebung und Ausdauer er in euch findet.“ Aus diesen Worten geht deutlich hervor, daß man das Volk zum passiven Widerstand gegen die Gesetze und die Regierung aufstacheln will, indem man ihm als Lohn hierfür das „Vorübergehen des Kreuzes“ vorhält, und daß man ungelehrt wieder durch das hartnäckige Ausharren des Volkes beim Erzbischof der Regierung das Postulat „non possumus“ vor demonstrieren will, zu welchem Zwecke man wiederum Adressen schreiben und Deputationen aus den kleinen Städten der Provinz hieher kommen läßt. Ob die für den April und Mai d. J. vom Erzbischof vorbestimmte Rundreise durch die Provinz, deren Zweck doch nur eine Steigerung des Fanatismus in den Gemüthern der ungebildeten Massen sein kann, stattfinden wird, dürfte doch zu bezweifeln sein.

Königsberg, 31. Jan. Die Herstellung einer Anzahl äußerer Forts wird nunmehr mit dem ersten Beginn des Frühjahrs ihren Anfang nehmen. Vornehmlich sind es die drei östlichen Forts Neudau, Neudamm und Lauth, welche höherer Bestimmung zufolge zu allererst zur Ausführung gelangen sollen, und wofür jetzt schon Nivellements-Einrichtungen getroffen werden.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 2. Febr. Es war schon seit längerer Zeit die Rede davon, daß speziell mehrere Mitglieder des Herrenhauses bei dem Gründungsbeschluß stark compromittirt seien: das Herrenhaus ist jetzt vom Strafgericht um die Ermächtigung angegangen worden, die gerichtliche Verfolgung gegen zwei seiner Angehörigen zu gestatten. Als der eine dieser Paars wird übereinstimmend der Graf Wickenburg bezeichnet.

Frankreich.

Paris, 2. Febr. Das „Journ. officiel“ eröffnet heute angeknüpftermassen die Liste der auf Grund des neuen Maire-Gesetzes von der Regierung ernannten Maires und Adjunkten. Wir zählen für heute 82 neue Maires und 96 neue Adjunkten. Von größeren Städten, in welchen das Personal der Gemeindeversammlung auf diese Weise verändert wurde, sind zu nennen: Nîmes, Avignon, Limoges, Perpignan, Laon, Epinal, Vitreuil, Soissons, Villers-Cotterets, Albourne, La Neule, Ceret u. a. m.

Die (gemäßigte) republikanische Linke beschloß in einer gestern abgehaltenen Zusammenkunft, eine eigene Kommission von Rechtsverständigen zu bestellen, welche auf die Uebergriffe der Regierung gegen die Presse und die sonstigen öffentlichen Rechte ein Auge haben und jeden Fall einer Ungesetzlichkeit sogleich zur Kenntniss der Partei bringen soll. Der gestrige Empfangsabend im Ministerium des Innern war überaus zahlreich besucht; auch der Präsident der Republik und seine Gemahlin besuchten die Salons des Herzogs Decazes mit ihrer Gegenwart. Der Marschall Mac-Mahon erschien wider Erwarten in Zivil; er war sehr ausgeräumt und unterhielt sich in der ungezwungensten Weise mit verschiedenen Gruppen. Vorgekern hatte der Herzog Decazes eine längere Unterredung mit dem deutschen Geschäftsträger Grafen Wesdehlen.

Der Artikel der „Nord. Allg. Ztg.“ vom Samstag macht hier einen ziemlich gemischten Eindruck. Der „Temps“ hält es nicht für angemessen, auf eine Erörterung des Artikels einzugehen, und die „Assemblée Nat.“ schreibt:

Das sind sehr gewundene Redensarten, in welchen Döringungen und heuchlerisch Beruhigungen einander abthun. Die Sieger sprechen in der Regel offener und freimüthiger, der Besiegte macht weniger Umstände, wenn er sein Opfer zerreißen will. Sollte Hr. v. Bismarck sich etwa nicht mehr ganz als Sieger fühlen?

In ähnlichem Tone polemisiert die „Assemblée“ an anderer Stelle gegen die „Provinzialkorresp.“ und die „Nat.-Ztg.“ Das gutem Vernehmen nach in bedenklichem Grade an der Abonnentenschwindel leidende Merikale Blatt legt es ganz offenbar auf eine Regierungsmahregel an, welche ihm gestatten könnte, mit Anstand vom Schauplatz zu verschwinden.

Der „Français“ verzeichnet mit sichtlich Befriedigung das angeblich in Versailles verbreitete Gerücht, daß die H. Challemel-Lacour, Gambetta und Gen. auf dem Punkte ständen, ihre Interpellation, betreffend das Rundschreiben des Herzogs von Broglie, zurückzuziehen. In republikanischen Kreisen ist hievon nichts bekannt.

Aus Dran, 31. Jan. wird gemeldet:

Der Transportdampfer „Ardeche“ ist von Mers-el-Kebir angelangt, um die spanischen Flüchtlinge, die Galeerensträflinge und die Weiber nach Brian (Provinz Dran), Stidjerrand und Dellys (Provinz Algier) und Bouglil (Provinz Konstantine) einzuschiffen, wo sie internirt werden sollen. Die „Ardeche“ wird morgen die Ankerlichter. Unter den Flüchtlingen befinden sich mehrere Franzosen, die in die Gommuehändel verwickelt sind und vor ein Kriegsgericht gestellt werden sollen. Das Gerücht, demzufolge eine Anzahl Galeerensträflinge mit der „Rumanica“ zurückgegeben worden wären, ist falsch. Noch ist Niemand an Spanien ausgeliefert.

Rußland und Polen.

Auf die Adresse, welche der Deutsche Kronprinz am 27. Jan. von der Deputation der in Petersburg wohnhaften Angehörigen des Deutschen Reichs entgegennahm, hat derselbe mit folgenden Worten geantwortet:

Ich danke Ihnen aufrichtig, meine Herren, für die freundlichen Worte, welche Sie im Namen der hiesigen Angehörigen des Deutschen Reichs an mich gerichtet haben. Als ich nach den großen Erfolgen des Jahres 1866, vor nunmehr sieben Jahren, an eben dieser Stelle begrüßt wurde, dachte wohl Niemand daran, daß unser schließlicher Wunsch, die Einigung Deutschlands, so bald in Erfüllung gehen sollte. Ich trete daher jetzt, wo wiederum ein glückliches Ereigniß in der meinem Hause so innig befreundeten und nahe verwandten russischen Familie mich hieher geführt, mit um so größerer Freude unter Sie, nachdem in Folge der großartigen Kämpfe der letzten Jahre Kaiser und Reich wiedererstandenen und die geeinte deutsche Nation aller Orten mächtig und geehrt besteht. Mit besonderem Stolz mußte es mich erfüllen, daß die von Sr. Maj. mir zur Führung anvertrauten deutschen Stämme an jenen weltgeschichtlichen Ereignissen eine so bedeutungsvolle Theilnahme nahmen. Wenn ich dem Kaiser, der mit Freunden an die ihm vor wenigen Monaten hier bereitete Begrüßung zurückkehrt und dessen Gesundheit sich gütlich in erfreulicher Besserung befindet, von dem der Kronprinzessin und mir Seitens unserer Landesleute zu Theil gewordenen Empfang berichten. Fahren Sie fort, unter dem mächtigen Schutze des edlen und weisen Kaisers Alexander, welcher uns stets seine warme Sympathie bekundet, Ihre deutsche Gesinnung zu wahren, und nehmen Sie noch meinen Dank für die patriotische Theilnahme und Opferwilligkeit, durch welche Sie während des Kriegs bewiesen haben, wie Deutsche auch im Auslande ihrem Vaterlande zu nützen vermögen. Lassen Sie uns hoffen, daß das Deutsche Reich sich nunmehr in Frieden wird weiter fortentwickeln und trenn seiner Bestimmung auch auf dem geistigen Gebiete seinen Kampf für das Recht und die Eicherung des gemeinsamen Vaterlandes führen wird.

Durch die Schlussworte dieser Ansprache hat die von ultramontaner Seite ausgefrenzte Insinuation, daß der Kronprinz dem Verteidigungskampfe Preußens und Deutschlands wieder die hierarchischen Annäherungen antipathisch gegenüber stünde, eine gründliche Zurückweisung erfahren.

Großbritannien.

London, 1. Febr. (Köln. Z.) Das Comité des Sympathie-Meetings beabsichtigt, womöglich Deputirte zu dem Berliner Dank-Meeting abzusenden, in dessen erst nach Beendigung der hauptsächlichsten Parliamentswahlen. In sämtlichen katholischen Kirchen der Diözese Westminster wurde heute ein Schreiben Manning's verlesen, welches den Theilnehmern an jenem Sympathie-Meeting allerdings die freie Meinungsäußerung zugestehet, sie aber dadurch für die deutsche Regierung mitverantwortlich macht.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 3. Febr. 27. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer; unter Vorsitz des Präsidenten Kirsner.

Auf der Regierungsbank Ministerpräsident Clifätter, Ministerialrath Nicolai und später Ministerialrath Kilian.

Folgende Petitionen werden als neu eingegangen angezählt:

- 1) Bitte der Gemeinden Donaueschingen, Dürtheim, Hochemmingen, Sunthausen, Rufen u. um Eröffnung einer Eisenbahn von Schwenningen über Dürtheim nach Donaueschingen betr. Uebergeben von dem Hrn. Präsidenten.
- 2) Bitte des Generalleutnants Frhrn. A. v. Degensfeld in Neuhaus um Schutz in Verfassungs- und gesetzmäßigen Rechten betr.
- 3) Bitte der Gemeinden Kälberthausen und Obrißheim um Vergütung von Einquartierungskosten betr.
- 4) Bitte der Gemeinde Mestrich, die Erbauung einer Bodensee-Gürtelbahn betr.
- 5) Bitte des evangel. Kirchengemeinderaths Rielingen, die Erlassung eines kirchlichen Umlagegesetzes betr.
- 6) Bitte der Gemeinde Korf, die Verlegung des Bezirksamts und Amtsgerichts von Korf nach Kehl betr.
- 7) Bitte der Gemeinden Bruckfelden, Homberg und Neufach, die Erbauung einer Bodensee-Gürtelbahn von Stosach durch das Salemthal zur württemb. Grenze betr.

8) Bitte altkatholischer Einwohner von Konstanz, Erlassung eines Altkatholiken-Gesetzes betr.

9) Bitte der Gemeinden Oberbaldingen, Hadenhofen, Unterbaldingen, Eßlingen, die Befreiung von Vorausbeiträgen betr. (2—9 eingelaufen beim Sekretariate.)

10) Bitte verschiedener evangelischer Gemeinden der Diözese Eppingen, die Erlassung eines kirchlichen Umlagegesetzes betr., übergeben von dem Abg. Lang von Weinheim.

11) Bitte der Gemeinden Abersbach, Rohrbach und Waldangeloch, die Vergütung von Einquartierungskosten betr. Uebergeben von dem Abg. Vengel.

12) Bitte der Gemeinderäthe des Bezirks Pfullendorf, die Aufhebung der Vorausbeiträge betr. Uebergeben von dem Abg. Heilig.

13) Bitte der Gemeinderäthe des Bezirks Pfullendorf, die Aufhebung der Liegenschaftssteuer, der Branntweinsteuer und der Fleischsteuer betr., übergeben von dem Abg. Heilig.

14) Bitte evangel. Gemein der Diözese Karlsruhe, die Erlassung eines kirchlichen Umlagegesetzes betr., übergeben von dem Abg. Neßler.

15) Bitte der altkatholischen Einwohner des Landes um gesetzliche Anerkennung ihrer Rechte von Menningen und Wasser, übergeben von dem Abg. Koder.

Nachdem die Abgg. Sachs von Heidelberg und Koder die Fertigstellung von Berichten der Budgetkommission über das außerordentliche Budget angezeigt haben, wird dem Umlagegesetz des Landes- und Reichstags-Abgeordneten Morstadt, der bereits nach Berlin zur Reichstags-Session abgereist ist, stattgegeben.

Der Entwurf eines Gesetzes über die Gebühren für die Geschäfte der Reichs-Polizeiverwaltung, vorgelegt vom Großh. Ministerium des H. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen, wird sodann auf Vorschlag des Präsidenten — statt an eine besondere Kommission — an die Budgetkommission zur Berichterstattung überwiesen.

Hierauf wird die Berathung der drei Berichte der Budgetkommission über das Budget des Großh. Finanzministeriums begonnen, und zwar: a. zunächst über Tit. I bis V und VII der Ausgaben und Tit. III der Einnahmen (Berichterstatter Abg. Lang); b. über Tit. VI der Ausgaben und Tit. I der Einnahme (Berichterstatter Abg. Geiger); c. über Tit. VIII bis XIV der Ausgaben und Tit. III bis VI der Einnahme (Berichterstatter Abg. Edelmann).

Da die einzelnen Budgetpositionen weder Seitens der Budgetkommission noch während der Berathung einer Beanstandung unterliegen, so erfolgt schließlich die unveränderte Annahme des ordentlichen Budgets des Großh. Finanzministeriums für das Jahr 1874 und 1875.

Dagegen werden bei den einzelnen Budgetposten (A. Ausgaben: Tit. II, III, IV, VI Abth. II, IV u. VII, Tit. VII Abth. I, II u. III, Tit. VIII, IX Abth. I, II u. III, Tit. XII; B. Einnahmen: Tit. II Abth. II, Tit. IV Abth. I u. II) von verschiedenen Abgeordneten zahlreiche Wünsche geltend gemacht, wodurch längere Debatten hervorgerufen werden. Wir lassen hierüber ausführlicheren Bericht folgen.

Badische Chronik.

Karlsruhe, 2. Febr. Domänendirector v. Boeck hat auf der vorletzten Synode der Stadtdiözese Karlsruhe einen Antrag um Erlassung eines Umlagegesetzes begründet, der von der Synode angenommen und seiner Zeit auch in Zukunft beantragt wurde, um die Frage in Erörterung zu ziehen. Bei der Dringlichkeit und Wichtigkeit der Sache, die ausdrücklich auf § 116 der Kirchenverfassung, in welcher die Erlassung eines Gesetzes über die Aufbringung der kirchlichen Kosten baldmöglichst verheißen ist, glaubte auch der Ausschuß der Stadtdiözese Karlsruhe geeignete Schritte thun zu müssen und legte die oben erwähnte Begründung den beiden zur Zeit versammelten Kammeren der Landstände vor. In der Begründung der Eingabe heißt es: „Wenn man auch bisher ohne ein Umlagegesetz auskommen ist, wird man das auch in Zukunft können? Wie das allgemeine Kirchengut den steigenden Anforderungen auf die Dauer genügen können? Ist es möglich, damit die Unzulänglichkeit des Einkommens der Geistlichen, welche durch die Entwerthung des Gutes bedingt ist, in entsprechendem Maße, wie dies bei den Staatsbeamten geschehen, auszugleichen? Gibt es keine armen Gemeinden, welchen die Mittel zur Beschaffung der erforderlichen kirchlichen Bedürfnisse abgehen, noch andere, die zu keiner entsprechenden Ausstattung der Pfarrstellen gelangen können?“

Ob freilich diese Bemerkungen von Erfolg gekrönt sein werden, ist eine andere Frage. Allein die Landstände in ihren Gemüthern und Diözesen sollte sich dadurch nicht abhalten lassen, in gleicher Weise, wie schon da und dort geschehen, getragene Schritte in dieser für unsere Kirche so wichtigen Angelegenheit zu thun; nur scheinen und jene Ausgaben, welche bloß die Unterschritt von Geistlichen tragen, ohne Bedeutung zu sein, da ja hier die Zustimmung der Gemeindeglieder und der kirchlichen Gemeindebehörden als der Opferbringenden hauptsächlich ins Gewicht fallen muß.

Am Rhein, 2. Febr. Entgegen der Ihnen gemachten Mittheilung, daß die Reichsregierung eine Sachverständigen-Kommission mit der Begutachtung eines für ganz Deutschland gültigen neuen Apothelergesetzes betrauen werde, ließ sich die „Allg. Allg. Ztg.“ aus Berlin schreiben, es sei diese Nachricht insofern ungenau, als es sich lediglich um eine Revision der durch die Bekanntmachung vom 25. Septbr. 1869 erlassenen Vorschriften über die Prüfung der Apotheker handle. Auf den von Sachsen gestellten Antrag zur Bornahme einer solchen Revision sei vom Bundesrath an das Reichsjustizministerium ein weiterer Einleitungen bezüglich dieser Durchsicht gerichtet worden. Das genannte Blatt hat sich jedoch in dieser Sache geirrt, denn Hr. Minister Delbück machte am 25. Januar in einer den Vertretern der deutschen Apotheker bewilligten Audienz die Mittheilung, daß allerdings im Laufe dieser Session des Reichstags eine solche Sachverständigen-Kommission zusammenzutreten werde, um eine Vorlage wegen Reform des Apothekerewesens entgegenzunehmen, über deren prinzipielle Seite der Bundesrath jedenfalls in dieser Session schlußfähig werden würde. Dem Reichstag hingegen werde in seiner bevorstehenden Session keine das Apothekergewerbe betreffende

Vorlage zugehen. Diese ist somit der heutige Stand dieser schon häufig hier berührten Angelegenheit.

Rastatt, 2. Febr. (Rast. W. Bl.) Auf Einladung des Hrn. Guth in Reuthefeld hat gestern im Gasthaus zum Schwan in Lichtenau eine Versammlung stattgefunden, welche den Zweck hatte, das langjährig bestehende Projekt einer Eisenbahn Rastatt-Kastatt-Mühlburg wieder zur Sprache zu bringen. Die Versammlung war aus allen beteiligten Gemeinden so zahlreich besetzt, daß sich das genannte Lokal als weitläufig zu klein zeigte. Hr. Bürgermeister Sallinger betonte als Vorsitzender mit warmen Worten, wie schon das überaus zahlreiche Erscheinen der Beteiligten belege, daß das Verlangen nach einer Bahnlinie für das produktive Guttauer Land allgemein anerkannt werde; er forderte auf, diese Angelegenheit, wenn sie auch Schwierigkeiten biete, käuflich in die Hand zu nehmen, und sprach die Hoffnung aus, daß es gelinge, die längst ersehnte Bahn zum Wohle des ganzen Bezirks und seiner thätigen Bewohner zu Stande zu bringen. Nachdem Hr. Abele sich in gleicher Weise ausgesprochen, machte er den Vorschlag, daß die Versammlung ein engeres Komitee wähle, welches alsbald an das Werk gehen solle. Hr. Abgeordneter Schöb von Eichenau verbreitete sich in längerem Vortrage darüber, wie man am besten zum Ziele komme, nämlich auf dem Wege der Selbsthilfe, und zwar ganz in derselben Weise, wie die Linie Mannheim-Mühlburg-Kastatt zu Stande gebracht wurde. Man müsse in erster Reihe durch einen Techniker die Tragfähigkeit und den Kostenbetrag, so wie die thunlichste Rentabilität ermitteln lassen und dann die Konzession zum Bau selbst zu erwirken suchen; wie dies Alles zu geschehen habe, legte Hr. Schöb durch Vorlage der Verhandlungen und der Konzessionsbewilligung in Betreff der Mannheim-Bahn dar. Nachdem Hr. Guth konstatiert hatte, welche Gemeinden vertreten waren, erklärte er, daß er sein höheres Präfix K. B. D. S. ganz fallen lasse und ebenfalls nur für die Linie Rastatt-Kastatt antritt.

In das engere Komitee wurden gewählt: Hr. Bürgermeister Sallinger, zugleich als Vorsitzender; Hr. A. A. Abele von Rastatt; Hr. Guth von Reuthefeld; Hr. J. Wast von Stollhofen; Hr. Abgeordneter Schöb von Eichenau; Hr. Bürgermeister Benz von Rastatt; Hr. Bürgermeister Seiler von Schwarzbach.

Schließlich wies Hr. Sallinger darauf hin, daß die Vorarbeiten Geld kosten, und forderte die anwesenden Bürgermeister auf, sich mit ihren Kollegen sofort darüber zu beschreiben, damit die Kosten nach Maßgabe der Steuerkapitalien von den betreffenden Gemeinden erhoben werden können. Sobald Mitteilungen darüber von Seiten der Bürgermeister erfolgt sein werden, will das Komitee eine Zusammenkunft in Eichenau veranstalten, um die weiter erforderlichen Schritte zu beraten und zu unternehmen.

Baden, 2. Febr. Die künftige Stellung von Baden dem Gesetze über die Einwohnergemeinden gegenüber ist in den letzten Tagen in der zweiten badischen Kammer Gegenstand einer Diskussion und Abstimmung gewesen und es ist daher bei der Wichtigkeit dieser Frage für die hiesige Stadt Pflicht ihres Korrespondenten, über die einzelnen Vorgänge, welche dadurch herbeigeführt wurden, und die Stimmung der hiesigen Einwohner zu berichten und auch seine eigene Ansicht hierüber anzudeuten. Zuerst muß erwähnt werden, daß die Nachricht, Baden werde, dem Regierungsentwurf entgegen, unter die großen Städte mit Einwohnergemeinden aufgenommen werden, zu sehr übertrieben, als daß sie die hiesigen Einwohner genügend vorbereiten getroffen hätte, um nach Kenntnis der richtigen Verhältnisse die Folgen für die hiesige Stadt vollständig beurteilen zu können. Ein solches, nur von den Interessen des Bürgerrechts der Stadt ausgehendes Urtheil seiner Bewohner hätte aber in diesem Fall von besonderer Bedeutung sein müssen, denn keine Stadt des Landes genießt weniger den andern, als die hiesige, und muß daher ein Gleichmaß nach der nämlichen Schablone von sich abweisen, keine Stadt ist mehr auf sich selbst gestellt, von keiner mehr als von Baden gilt das Wort des Dichters:

Wenn die Rose selbst sich schmückt,
Schmückt sie auch den Garten.

Die einzelnen Vorgänge, in welchen die Meinung der hiesigen Einwohner über die Frage zum Ausdruck gelangte, sind folgende gewesen: Eine von den Gegnern der Einwohnergemeinden zusammengesehene Anzahl stark besuchte Versammlung im Konversationshaus, in welcher der Hr. Seefeld allein dafür sprach und bei deren Schlußabstimmung nur 5 dafür ihre Hände erhoben. Natürlich waren aber noch Manche, die gleicher Ansicht mit diesen 5 waren, gegenwärtig. An diesem Abend und am andern Tage wurde dann die Liste unterzeichnet, welche etwa 400 Unterschriften von Gegnern der Einwohnergemeinden erhielt. Zu bemerken ist aber, daß nur stimmfähige Bürger in der Versammlung erschienen und die Liste zeichneten, weil nur sie eingeladen wurden. Gleichfalls am andern Tage ging eine andere Liste hauptsächlich auch in den Häusern staatsbürgerlicher Einwohner herum, welche etwa 280 Unterschriften von Bürgern und staatsbürgerlichen Einwohnern für die Einwohnergemeinden erhielt. Was nun die Ansicht der hiesigen Bewohner betrifft, so ist dieselbe in den meisten Fällen keine unbestimmte, woran die Uebertragung viele Schuld trägt. Zwar der politische Parteistandpunkt, der hier eine große Rolle spielt, tritt kaum hervor, eine ganze Reihe von National-Liberalen, sogar von Führern dieser Partei, ist gegen die Einwohnergemeinden — aber die Frage: wer hier nächstens Bürgermeister werden soll — das gibt bei sehr Vielen den Ausschlag für oder gegen. Doch hat sich immerhin und dieses hauptsächlich bei den staatsbürgerlichen Einwohnern, ein objektiver Standpunkt zur Beurteilung wahren lassen und von diesen sprechen sich eine ziemliche Anzahl für die Erhaltung der Bürgergemeinden aus. Ihr Korrespondent würde, wenn er gefragt würde, auch dieser Meinung sein, aber mit den Gründen will er die Geduld der Leser verschonen.

Emmendingen, 31. Jan. In Emmendingen fand ein vorzüglicher Bürger auf eigenhändige Art seinen Tod, indem er sich, wahrscheinlich in angetrunkenem Zustande, auf die heiße Ofenbank setzte, einäscherte und sich der Art verbrannte, daß er in Folge seiner Brandwunden in kurzen Tagen starb. — Wie verlautet, sollen die Blätter sich die und da in unserer Gegend wieder zeigen.

Vermischte Nachrichten.

In dem künftigen Wahlkreis Kappoldsweiler ist Abbe Simonis (ultram.) mit 7662 St. gewählt. Bürgermeister Ostermann (elbisch) erhielt 2256, Babel 157 Stimmen. Im Ganzen stimmten 74 Proz. der Wahlberechtigten.

Im Wahlkreis Gebweiler im Oberelsaß wurde der Abbe Gerber mit 9592 gegen den Kandidaten der elbischen Partei Schlämberger mit 6711 St. gewählt. — Im Wahlkreis Jerschow wurde

der Oberpräsident a. D. von Konig mit 7248 St. gegen Graf Wolff mit 5773 St. gewählt.

Marburg, 2. Febr. (Fr. Z.) Bei der gestrigen Nachwahl wurde Jenner (nat.-lib.) mit 1000 Stimmen Majorität gegen Grimm (konservativ) gewählt. Die Ultramontanen enthielten sich der Wahl.

Berlin, 2. Febr. (Fr. Z.) Vom Handelsministerium ist jetzt die allgemeine Durchführung der in der Unfall-Konferenz vom Oktober v. J. gefaßten Beschlüsse angeordnet worden.

Magdeburg, 1. Febr. Bei der engeren Reichstagswahl im 3. Wahlkreis des Reg. Bez. Magdeburg (Zeichow I. und II.) erhielt v. Bonin (lib. Reichspartei) 7241, Feldmarschall v. Wolke 5741 St. Der Erstere ist demnach gewählt.

Kiel, 1. Febr. Der Oberpräsident v. Scheel-Plessen hat auf seinen Antrag aus Gesundheitsrücksichten einen längeren Urlaub zu einer Reise nach Italien erhalten, die derselbe heute antreten wird.

Billau, 1. Febr. Die Versammlung unseres Seegatts zeigte sich so stark, daß beieingehender Stimmung nur noch eine durchgängige Tiefe von nicht mehr als 9 Fuß zu konstatiren war. Bei anhaltender Stimmung dürfte dieselbe sogar auf 6 Fuß fallen. Es ist dadurch augenblicklich die Schiffahrt für unsern Hafen so gut wie geschlossen. Die „Dampfschiff“ meldet, genaue Ermittlungen hätten ergeben, daß noch eine schmale Fahrtrinne von 17 Fuß Tiefe vorhanden sei, die die Ein- und Ausfahrt allenfalls noch möglich mache.

Wien, 31. Jan. (N. Z.) Die Wittwe des Generals Sablenz (sie seit einigen Jahren von ihrem Mann getrennt lebt) tritt heute mit einem Schreiben an die Öffentlichkeit, in welchem sie die Verhältnisse „des Generals“ — so wird er von seiner Gattin konsequent tituliert — nach einzelnen Richtungen hin aufzuklären übernimmt. Sie sagt darin, daß sich „der General“ niemals an ihre Mutter „um Unterstützung“ gewendet, da er selbst gewußt, wie schwere Opfer sie selbst mit ihren geringen Mitteln für ihre Kinder in letzterer Zeit gebracht; sie berichtet ferner, daß „der General“ nicht in der Lage gewesen, widerrechtlich ihr eigenes Vermögen anzugreifen, da sie „seit 1870“ gar kein eigenes disponibles Vermögen besitze, daß er aber von ihrer noch in den letzten Wochen wiederholten Ermächtigung, auf das später ihr zufallende Vermögen so viel er wolle aufzunehmen, „leider“ keinen Gebrauch gemacht; sie betont endlich, daß „der General“ von den maßgebendsten Mitgliedern seines Familienkreises dringend gewarnt worden sei, sich nicht auf das ihm fremde Gebiet der Geschäfte zu wagen.

Järsch, 1. Febr. (Schw. Or. B.) Gestern Abend fand in Neumünster die Beerdigung des Generals v. Sablenz unter großartiger Theilnahme des Publikums statt. Dem mit Lorbeerkränzen, Blumen und Palmen geschmückten Sarge folgten unmittelbar der Bruder des Verstorbenen und seine intimsten Freunde, Hr. Professor v. Marschall und Hr. Oberst Müller, sodann der bayerische Gesandte in Bern und einige Offiziere, die Reichs- und Schwäbische, welche entweder unter Gabelung gedient hatten oder sonst ihm nahe standen. Heran schloß sich das übrige Publikum; besonders zahlreich vertreten war das Järscher Offizierskorps, namentlich die Spitze desselben. Die bayerischen Statuten an Hochschule und Polytechnikum, sowie die bayerischen wohnhaften Deserteure, mögen bis auf den letzten Mann erschienen sein. Der ganze Leidenzgang war ein enormer. Die Neumünsterkirche vermochte die Menge kaum zu fassen. Hr. Pfarrer Hiesland, nicht, wie man erwartete, Hr. Pfarrer Lang, hielt die Rede.

Amsterdam, 2. Febr. Die Amsterdamer Bank hat ihren Delta auf 4 Proz. herabgesetzt.

Quatre-vingt-trois, der neue Roman von Victor Hugo, soll am 19. Februar in Paris ausgegeben werden.

Nachricht.

Berlin, 2. Febr. In der heutigen Abend-Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die zweite Beratung des Staatshaushalts-Etats fortgesetzt. Nach Genehmigung sämtlicher Positionen des Ordinarius des Kultusetats beginnt über den Posten des Etats von 50,000 Thlrn. für die Synodalstellen eine längere Debatte, in welcher der Kultusminister die Position verteidigt. Dieselbe wird schließlich bewilligt. Hierauf wird der Etat des Kultusministeriums mit den Vorschlägen der Budgetkommission bewilligt, der restierende Theil des Berg-, Hütten- und Salinenetats unverändert und die Etats des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses ohne Debatte genehmigt. Bei dem Etat der Forstverwaltung wird der Antrag der Budgetkommission, die Staatsregierung zur Vorlage eines Etatsgesetzes aufzufordern, angenommen.

Posen, 3. Febr. Erzbischof Ledochowski wurde heute früh 5 Uhr durch den Polizeidirektor Staudy verhaftet und mit dem 6 Uhr abgehenden Zuge der Warschauer-Posener Eisenbahn, wie verlautet, in das Gefängnis zu Frankfurt an der Oder abgeführt.

Posen, 3. Febr. Die Verhaftung des Erzbischofs Ledochowski erfolgte auf Requisition des Kreisgerichts, nachdem ihm bereits gestern die bevorstehende Inhaftirung angezeigt worden war. Die Ruhe ist völlig ungestört.

München, 3. Febr. Die Generalversammlung des hiesigen Handelsvereins sprach ihre Entrüstung aus über die von der „Hoffmann. Korresp.“ verbreiteten, aus dem „Vaterland“ entnommenen, völlig unwahren Nachrichten über bevorstehende Fallimente von 10 größeren hiesigen Häusern.

Wien, 2. Febr. Im Ausschuss des Abgeordnetenhauses wurde die Vorberatung des Antrags zur Aufhebung des Zeitungstempels erledigt. Der Ausschuss entschied sich dahin, daß die Aufhebung des Tempels für inländische Zeitungen, Anknüpfungs- und Anzeigblätter vom 1. Jan. 1875, die Aufhebung des Kalendertempels vom 1. Okt. 1874 ab in Vorschlag gebracht werden solle. — Im Budgetausschuss kündigte der Finanzminister die demnächstige Einbringung einer Steuerreform-Vorlage an.

Berlins, 2. Febr. Nationalversammlung. Rampon protestirt Namens des linken Zentrums gegen die

am Samstag von Ledochowski entwickelten Theorien und erklärt, das linke Zentrum habe nicht applaudirt. Der Protest Rampons wird von der Linken und dem linken Zentrum mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Nachdem noch mehrere Abgeordnete das Wort ergriffen hatten, wird die Generaldiskussion über die neuen Steuern geschlossen.

Kopenhagen, 2. Febr. Das höchste Gericht erklärte in Uebereinstimmung mit dem Verbot des Justizministers die Internationale in Dänemark für aufgehoben.

Konstantinopel, 2. Febr. Wie verlautet, sollen demnächst Veränderungen in der Besetzung der Gesandtschaften von Wien, Berlin, St. Petersburg und Teheran stattfinden. Kabuly Pascha soll von Wien abberufen und durch Aristarch Bey ersetzt werden, die Berliner Gesandtschaft zu einer Botschaft erhoben und durch Essad-Pascha besetzt werden.

London, 3. Febr. Nach den bisher vorliegenden Parlements-Wahlresultaten wurden in den Grafschaften 56 Liberale und 70 Konservative gewählt. Die Liberalen gewannen zwei, die Konservativen acht Sitze.

New-York, 2. Febr. Die offizielle Schuld hat um 1,845,000 Doll. abgenommen. Im Tresor befinden sich 85,359,000 Doll. Gold und 4,781,000 Doll. Papiergeld.

Frankfurter Kurszettel.

(Die fettgedruckten Kurse sind vom 3. Febr., die übrigen vom 2. Febr.)

Table with columns for Staatspapiere (Bayerische, Preussische, etc.) and Aktien und Prioritäten (Bayerische, Preussische, etc.).

Table with columns for Anleihenloose und Prämienanleihen (Bayerische, Preussische, etc.) and Wechselkurse, Gold und Silber (London, Paris, Wien, etc.).

Table with columns for Anleihenloose und Prämienanleihen (Bayerische, Preussische, etc.).

Table with columns for Wechselkurse, Gold und Silber (London, Paris, Wien, etc.).

Table with columns for Wechselkurse, Gold und Silber (London, Paris, Wien, etc.).

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Koenlein.

Großherzogliches Hoftheater. Donnerstag, 5. Febr. 1. Quartal. 21. Abonnementsvorstellung. Czár und Zimmermann, komische Oper in 3 Akten, von Lorzing. Anfang 6 Uhr.

Freitag, 6. Febr. 1. Quartal. 22. Abonnementsvorstellung. Aus der Gesellschaft, Schauspiel in 4 Akten, von Bauernfeld. Anfang 7 Uhr.

Theater in Baden. Mittwoch, 4. Febr. Don Carlos, Trauerspiel in 5 Akten, von Schiller. Anfang 6 Uhr.

